

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Europa steht am Scheideweg

Bundestag und Bundesrat beschließen Griechenlandhilfe

Diese Woche im Deutschen Bundestag stand ganz im Zeichen der schwierigen Situation in der Europäischen Währungsunion: Griechenland befindet sich in einer besonderen finanziellen Krise und kann sich am Markt nicht mehr ausreichend finanzieren. Die 15 übrigen Staaten des Euro-Währungsgebietes und der Internationale Währungsfonds sehen sich genötigt, durch die Vergabe von Darlehen in Höhe von 110 Milliarden Euro in den kommenden drei Jahren eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, die die Finanzstabilität in der gesamten Europäischen Währungsunion gefährden würde, abzuwenden.

Bei dem im Deutschen Bundestag engagiert und heftig diskutierten „Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz“ geht es nicht darum, dass unmittelbar Geld aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt wird. Vielmehr wird der Kreditanstalt für Wiederaufbau ermöglicht, Darlehen aufzunehmen, die sie mit einem Zinsaufschlag an Griechenland weitergibt. Somit entstehen für Deutschland zunächst überhaupt keine Kosten. Mit dieser Maßnahme soll die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands in den nächsten drei Jahren wieder hergestellt werden.

Die erste Lesung des Gesetzes fand an diesem Mittwoch nach der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. Es gehe um nicht mehr und nicht weniger "als um die Zukunft Europas und damit um die Zukunft Deutschlands in Europa", sagte die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung. Sie stellte außerdem klar, für die in Rede stehenden Kredite „bürgt in letzter Konsequenz der Steuerzahler, also wir alle“.

Im Gegenzug hat sich Griechenland zu umfassenden Eigenanstrengungen und harten Maßnahmen verpflichtet. Die Umsetzung des Programms der griechischen Regierung wird vierteljährlich vom Internationalen Währungsfonds überwacht und die Auszahlung weiterer Kredittranchen daran geknüpft. Im ersten Jahr werden 8,4 Milliarden Euro Kredite der KfW gegeben, in den beiden folgenden Jahren noch einmal 14 Milliarden Euro.

Angela Merkel rief die Debatte um den Beitritt Griechenlands zur Eurozone im Jahr 2000 in Erinnerung. Damals habe es Skepsis und Zweifel gegeben. CDU und CSU haben dem Beitritt Griechenlands damals nicht zugestimmt. Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder stellte in der sich an die Regierungserklärung anschließenden Debatte fest, dass Griechenland im Jahr 2000 aus politischen Gründen aufgenommen worden sei. Er verlangte neue Regeln in der EU für eine geordnete Insolvenz für Euro-Staaten, die von Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. Zukünftig dürfe es bei einer Entscheidung, wer Mitglied der Europäischen Union oder Mitglied der Eurozone werde, nur nach klaren Fakten und nicht nach politischen Überzeugungen gehen. "Es darf keine Geschenke geben, wenn es um die Stabilität unseres Euro geht", sagte der Fraktionsvorsitzende.

Nach Beratungen im federführenden Haushaltsausschuss wurde die Vorlage in zweiter und dritter Lesung an diesem Freitag abschließend im Deutschen Bundestag debattiert. Der Hauptredner der Union, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, bezeichnete die deutsche Griechenland-Hilfe im Umfang von bis zu 22,4 Milliarden Euro als alternativlos. Mit dem Hilfspaket würden die gemeinsame europäische Währung und das europäische Projekt insgesamt verteidigt. Jede andere Alternative sei viel teurer und viel riskanter.

Schäuble rief erneut auch die SPD auf, gemeinsam mit der schwarz-gelben Koalition und den Grünen für das Paket zu stimmen. Leider vergeblich – die SPD, die im Jahr 2000 den Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone forcierte, wollte dem von der christlich-liberalen Koalition eingebrachten Gesetz zum Erhalt der Stabilität der Währungsunion und damit den international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro nicht zustimmen und enthielt sich mehrheitlich der Stimme. Ebenfalls an diesem Freitag gab nach dem Bundestag dann auch der Bundesrat mehrheitlich seine Zustimmung für die Griechenlandhilfe.

Enquete-Kommission Internet konstituiert

An diesem Mittwoch hat sich die Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft" des Deutschen Bundestages konstituiert. In dem von CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefassten Einsetzungsbeschluss heißt es, das Internet sei das "freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt" und trage maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei. Unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, dem Abgeordneten Axel E. Fischer, werden 17 Bundestagsabgeordnete und 17 von den Fraktionen bestimmte Sachverständige bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen der Informationsgesellschaft in Deutschland dienen. Die Enquete-Kommission soll auf Basis ihrer Untersuchungsergebnisse den staatlichen Handlungsbedarf, national und international, benennen.

Job-Center-Reform

In erster Lesung hat sich der Deutsche Bundestag in dieser Woche mit den Gesetzentwürfen zur Änderung des Grundgesetzes und zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende beschäftigt. Die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand soll in eine verfassungsgemäße Form überführt werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung der Langzeitarbeitslosigkeit. Für die Arbeitssuchenden und ihre Familien herrscht damit ebenso Klarheit und Sicherheit wie für die Mitarbeiter in den Verwaltungen. Es ist vorgesehen, dass die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen im Regelfall in gemeinsamen Einrichtungen, den Jobcentern, zusammen arbeiten und ihre Leistungen aus einer Hand erbringen. Daneben werden die bestehenden Optionskommunen dauerhaft abgesichert. Zur angestrebten Organisationsreform betonte der Rastatter Abgeordnete und kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Götz: „Unser Ziel ist eine gleichberechtigte und partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für die Arbeit vor Ort. Die im christlich-liberalen Koalitionsvertrag beschriebene Kompetenz und Erfahrung der Kommunen kommt so bestmöglich zum Tragen.“

Anpassung der Solarvergütungssätze

In zweiter und dritter Lesung hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche das Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes verabschiedet. Mit diesem Gesetz wird der Ausbau der Photovoltaik weiter vorangetrieben, etwa durch die Verdoppelung des Ausbauzieles. Zugleich wird die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Überförderung der Photovoltaik infolge stark gesunkener Modulpreise umgesetzt. Zur beschlossenen EEG-Novelle erklärte der baden-württembergische Abgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Joachim Pfeiffer: „Die beschlossene Anpassung der Vergütungssätze für Photovoltaikanlagen zum 1. Juli 2010 macht Schluss mit einer Überförderung, die den Investoren Traumrenditen und den Verbrauchern steigende Strompreise beschert.“ Für die Zukunft gilt: Die Solarbranche soll ein wichtiger Eckpfeiler der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien werden. Gerade deshalb muss die Förderung stärker darauf abzielen, die Hersteller von Photovoltaikanlagen international wettbewerbsfähig zu machen. Die bisherige Förderstruktur des EEG setzte zu sehr auf bloßes Mengenwachstum und förderte damit hauptsächlich ausländische Hersteller. Diese liefern bereits heute 60 Prozent der in Deutschland installierten Module. Deutschland muss die Technologieführerschaft in der Solarbranche zurückgewinnen. Nur so lassen sich auf Dauer sichere Arbeitsplätze in unserem Land erhalten. Pfeiffer betonte weiter: „Die beschlossene Novellierung des EEG kann nur ein erster Schritt auf dem Weg in Richtung einer stärker auf Marktintegration und Innovation ausgerichteten Förderung der erneuerbaren Energien insgesamt sein.“

Zitat

«Dies ist ärmlich und erbärmlich.»

(Unionsfraktionsvorsitzender Volker Kauder, am Donnerstag in Berlin über die gescheiterten Verhandlungen mit der SPD für eine gemeinsame Entschließung zur deutschen Griechenland-Hilfe)

In eigener Sache

26.04.2010 Pressemitteilung: Josef Rief informiert sich mit Vertretern des Verkehrsausschusses, Steffen Bilger über die Ortsumfahrung der B311 bei Unlingen

Am vergangenen Wochenende besuchte der örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief mit seinem Abgeordnetenkollegen Steffen Bilger Unlingen, um über die geplante Ortsumfahrung der B311 zu sprechen. Die beiden Bundestagsabgeordneten ließen sich von Bürgermeister Richard Mück und dem Gemeinderat die Baupläne erläutern. Josef Rief hatte sich bereits mit Schreiben an Bundesverkehrsminister Ramsauer gewandt und ein persönliches Gespräch mit dem zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär im Verkehrsministerium, Dr. Andreas Scheuer geführt, um die Freigabe der Mittel zu beschleunigen. Steffen Bilger, der für die Baden-Württemberger CDU-Landesgruppe im Verkehrsausschuss des Bundestages sitzt, sagte zu, dass er das Unlinger Vorhaben in Berlin mit vorantreiben wolle und beim nächsten Treffen mit Minister Ramsauer das Projekt auf die Tagesordnung kommt. Nach Inkrafttreten der Planfeststellung fehlt für den Baubeginn der Ortsumfahrung der B311 bei Unlingen noch die Finanzierungszusage des Bundes.



05.05.2010 11. Bundestagslauf

Josef Rief nimmt in Berlin mit über 400 Läuferinnen und Läufern am traditionellen Bundestagslauf teil. Die 3,6 km lange Strecke führte durch den Tiergarten in der Nähe des Brandenburger Tors. Der Lauf wurde vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dem Baden-Württemberger CDU-Abgeordnetenkollegen Klaus Riegert und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse gestartet.



Termine von Josef Rief:

11.05.10 - Sondersitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

12.05.10 - Eröffnungskonzert Schwäbischer Frühling, Ochsenhausen, 19.30 Uhr

15.05.10 - CDU Fachausschuss Agrar, Stuttgart, 9.30 Uhr

16.05.10 - Einweihung Feuerwehrgerätehaus, Kirchberg, 9.30 Uhr

16.05.10 - Museumsfest Laupheim, ab 12.00 Uhr

17.05.10 - CDU-Landesvorstand, Stuttgart, 10.00 Uhr

17.05.10 - Anhörung zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU, Berlin, Bundestag, ab 14.00 Uhr

17.05.10 - Sitzung der CDU-Landesgruppe im Bundestag, Berlin, Landesvertretung, 20.00 Uhr